

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 03. Februar 2025



In dieser Ausgabe

Initiativen für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration

5-Sofortmaßnahmen-Plan

Innere Sicherheit wieder herstellen - Datenaustausch verbessern

Zustrombegrenzungsgesetz

Für eine starke wirtschaftspolitische Agenda

Plenarrede

Terminvorschau

»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

zu Beginn dieser letzten Sitzungswoche in dieser Legislatur hat unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz an die Fraktionen der Mitte appelliert, gemeinsam für mehr Sicherheit und ein Ende der illegalen Migration zu sorgen. Damit forderte er SPD, Grüne und FDP auf, im Bundestag für unsere Initiativen dieser Woche zu stimmen, die diese Ziele verfolgen. Vor dem Hintergrund der tödlichen Anschläge von Solingen, Mannheim, Magdeburg und Aschaffenburg müssen die demokratischen Parteien Farbe bekennen. Die Menschen erwarten klare Positionen, wo welche Fraktion steht.

Ein weiterer Schwerpunkt lag für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneut auf der Wiederbelebung unserer Wirtschaft. Wir brauchen spürbare Veränderungen und Maßnahmen, die wieder zum Aufschwung führen.

Außerdem zogen wir aus den Gesprächen der Internationalen Grünen Woche, die am vergangenen Sonntag zu Ende ging, unsere Erkenntnisse und haben diese in einem Forderungskatalog zusammengefasst mit dem Ziel, unsere heimische Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft wieder planungssicherer und unbürokratischer zu gestalten.

Mehr zu diesen & weiteren Themen finden Sie im Folgenden oder unter www.cducusu.de.

Wir brauchen eine veränderte Politik. Eine Politik, die sachlich die Ursachen angeht, spürbare Veränderungen auf den Weg bringt und dabei ein klar definiertes Ziel vor Augen hat. Die CDU ist bereit, diesen Auftrag anzunehmen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und leiten Sie mit Ihren beiden Stimmen für die CDU den Politikwechsel für Deutschland ein.


Ihr Hermann Färber

UNSERE INITIATIVEN FÜR SICHERE GRENZEN UND DAS ENDE DER ILLEGALEN MIGRATION

Die abscheuliche Mordtat von Aschaffenburg hat Trauer und Bestürzung in ganz Deutschland ausgelöst. Der Mord an einem der Kinder sowie an einem erwachsenen Mann, der zur Hilfe eilte und dafür mit seinem Leben bezahlte, verdeutlicht eine neue Dimension der Gewalt auf Deutschlands Straßen. Aschaffenburg reiht sich ein in die Terroranschläge von Mannheim und Solingen und den Angriff auf den Weihnachtsmarkt von Magdeburg.

Die CDU/CSU weigert sich anzuerkennen, dass dies die neue Normalität in Deutschland ist. Die Politik der letzten Jahre hat es versäumt, die Kontrolle über die Migration zurückzugewinnen, und versäumt, das geltende nationale Recht durchzusetzen, klare Regeln zu formulieren und Fehlanreize für illegale Migration – wie etwa überhöhte Sozialleistungen – zu beseitigen.

Wir fordern einen grundlegenden Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit, für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration. Dazu stellten wir in der Sitzungswoche zwei Anträge und einen Gesetzentwurf zur Abstimmung.



Auf der Folgeseite erfahren Sie mehr über unsere Anträge und den Gesetzentwurf.

Wir bedauern, dass bisher alle Versuche, mit der von Olaf Scholz verantworteten Bundesregierung zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, in den letzten drei Jahren gescheitert sind. Es lag in dieser Woche daher letztmalig in dieser Wahlperiode allein bei den Sozialdemokraten und den Grünen, ob es für unsere Vorschläge für eine Asylwende in der Mitte des Deutschen Bundestages noch eine parlamentarische Mehrheit gibt oder nicht. Bezüglich unserer beiden Anträge waren SPD und Grüne nicht in der Lage, gemeinsam mit uns die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit in Deutschland zu treffen.

Wir haben mit der AfD im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Wir suchen eine Mehrheit in der demokratischen Mitte des Bundestages. SPD und Grüne hatten die Wahl, unseren Vorschlägen zuzustimmen. Wir sind selbstverständlich zu Gesprächen bereit. Aber jetzt müssten konkrete weitere Entscheidungen getroffen werden, denn die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger duldet keinen Tag Aufschub.

Zweifellos ist die Demokratie in Gefahr, wenn Radikale an die Macht kommen. Deshalb werden wir alles tun, um genau das zu verhindern. Die Demokratie gerät auch in Gefahr, wenn eine gesellschaftliche und politische Minderheit die Radikalen als Werkzeug benutzt, um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft zu ignorieren. SPD und Grüne hatten am Freitag bei der Abstimmung über unser Zustrombegrenzungsgesetz erneut die Wahl.

Bis zuletzt haben wir versucht, sie zum Handeln zu bewegen. In diversen Gesprächen mit uns haben die Spitzen von SPD und Grünen am Freitag verdeutlicht, dass sie auf der Grundlage unseres Zustrombegrenzungsgesetzes nicht verhandeln wollen. Damit ist klar: SPD und Grünen geht es ausschließlich um Taktik und Wahlkampf und nicht um gemeinsame Lösungen in der Migrationspolitik.

5-SOFORTMASSNAHMEN-PLAN

In unserem Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ greifen wir die zentralen Forderungen unseres Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz auf: Dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Staatsgrenzen und Zurückweisung aller Versuche illegaler Einreisen.

Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden. Der Bund soll die Länder beim Vollzug der Ausreisepflicht noch mehr als bisher unterstützen, indem Bundesausreisezentren geschaffen werden.

Die Bundespolizei soll zudem die Befugnis erhalten, bei ausreisepflichtigen Personen auch selbst und unmittelbar Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam zu beantragen.

Außerdem sollen ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden kann. Dieser Antrag hat am Mittwoch – gegen die Stimmen von Rot-Grün – eine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten.

INNERE SICHERHEIT WIEDER HERSTELLEN - DATENAUSTAUSCH VERBESSERN

In unserem Antrag „Für einen Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit“ zeigen wir in 27 Forderungspunkten im Detail auf, welche weiteren Maßnahmen für eine Wiederherstellung der Inneren Sicherheit erforderlich sind.

Zu unseren wichtigsten Forderungen gehören die Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität – insbesondere von Terrorverbrechen und Kinderpornografie – sowie zeitgemäße technische Befugnisse für die Sicherheitsbehörden.

Mit gezielten Änderungen im Strafrecht wollen wir den Schutz von besonders vulnerablen Personen verbessern. Gleiches gilt für den Schutz von Polizeibeamten, Rettungskräften und Angehörigen der Gesundheitsberufe.

Dieser Antrag hat am Mittwoch – gegen die Stimmen von Rot-Grün – keine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten.

ZUSTROMBEGRENZUNGSGESETZ

Mit unserem bereits nach dem Messeranschlag in Solingen im vergangenen Jahr eingebrachten Entwurf für ein Zustrombegrenzungsgesetz schlagen wir drei zentrale, schnell wirksame Maßnahmen vor:

1 Wir wollen das Regelungsziel der „Begrenzung“ im Aufenthaltsgesetz wieder einführen. Das bedeutet, dass Behörden sich bei Ermessensentscheidungen im Aufenthaltsrecht gerade an dem Ziel der „Begrenzung“ der Migration orientieren müssen.

2 Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten – also zu solchen Asylsuchenden, die nicht individuell verfolgt werden, sondern nur aufgrund der Verhältnisse im Heimatland vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten – wollen wir beenden.

3 Überdies weiten wir die Kompetenzen der Bundespolizei beim Vollzug des Aufenthaltsrechts aus.

Wir bedauern, dass unser Zustrombegrenzungsgesetz keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gefunden hat, da SPD und Grüne ihre Stimmen verweigert und damit keine Verantwortung für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit in Deutschland übernommen haben.

»»» „DEUTSCHLAND WIEDER NACH VORNE BRINGEN – FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE AGENDA“

Deutschland ist nach wie vor in einer schweren Wirtschaftskrise. Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr – trotz der demographischen Entwicklung. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. Der Standort Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit.

Die ehemalige Ampel-Regierung hat die wirtschaftliche Lage lange ignoriert, dann zu lange gestritten und ist letztlich auch an den Widersprüchen ihrer Haushaltshalts- und Wirtschaftspolitik gescheitert.

Unsere Wirtschaft benötigt jedoch Planungssicherheit, Perspektiven und politische Rahmenbedingungen, die das Innovations- und Leistungspotenzial freisetzt und Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringt.

Dafür schlagen wir eine Agenda 2030 vor, mit der unser Wirtschafts- und Industriestandort wieder gestärkt, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu einem prioritären politischen Ziel gemacht, Bürokratie der Kampf angesagt und unsere Exportwirtschaft krisenfest gemacht wird.

Diese Agenda 2030 umfasst vordringliche wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie beispielsweise:

- die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise,
- die schrittweise Senkung der Steuerbelastung für thesaurierte Gewinne auf 25 Prozent,
- die Entlastung von Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen,
- die Belohnung von Mehrarbeit,
- eine Fachkräfteoffensive mit einer digitalen „Work-and-Stay-Agentur“,
- die Rückgängigmachung des Verbrennerverbots und eine Neuausrichtung der CO2-Flottenziele,
- ein Innovationsfreiheitsgesetz, Gründerschutz-zonen und ein modernes Forschungsdatengesetz.



Bildquelle: Canva.

Unser Ziel ist es zudem, unsere Exportwirtschaft wieder krisenfest zu machen, indem wir die internationale Zusammenarbeit gezielt an unseren strategischen Wirtschaftsinteressen ausrichten und pragmatische Handelsabkommen abschließen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein: ohne Aufschwung kein Wachstum und Wohlstand. Ohne eine starke Wirtschaft kein starker und gerechter Sozialstaat.

Plenarrede zum Antrag "Unsere Landwirtschaft vielfältig, leistungsstark und nachhaltig ausgestalten"

Nachdem die Grüne Woche, eine der international wichtigsten Messen für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau, gerade in Berlin zu Ende gegangen ist, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Sitzungswoche einen Antrag zur Stärkung der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in das Plenum des Deutschen Bundestages eingebracht.

In unserem Antrag setzen wir uns dafür ein, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der Landwirtschaft in Deutschland ermöglichen, ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden. Dazu gehört neben der Nahrungsmittelerzeugung auch die ländlichen Räume als Lebensraum für Mensch und Natur zu erhalten.

In der Plenardebatte am Donnerstagabend habe ich deutlich gemacht, wie stolz wir auf die hervorragende Ausbildung unserer Landwirte sein können. Sie haben nicht nur umfangreiche Kenntnisse und Fertigkeiten erworben, sondern auch durch ihre langjährige Berufserfahrung ein unschätzbbares Fach- und Standortwissen angehäuft. Dieses Wissen ist ein wertvolles Gut, für das wir international bewundert werden. Um dieses Potenzial voll ausschöpfen zu können, benötigen unsere Landwirte jedoch mehr Handlungsspielräume.



Bildquelle: Canva.

Ein zentrales Thema ist die alles erstickende Bürokratie, wie z.B. die „Kalender-Landwirtschaft“, die es Landwirten vorschreibt, bestimmte Arbeiten auf ihren Äckern zu festgelegten Terminen durchzuführen, unabhängig von Bodenzustand, Jahreszeit, Wetter und der angebauten Kultur. In der Praxis führen diese starren Vorgaben allerdings zu einem Rückgang des Anbaus von extensivem Sommergetreide und Leguminosen und einer Zunahme des Anbaus von intensivem Wintergetreide. Als Landwirt weiß ich jedoch, wie wichtig es ist, dass unsere Landwirte entsprechende Freiheiten haben, um ihre Entscheidungen auf Basis der tatsächlichen Gegebenheiten treffen zu können und dass sie ihre wertvolle Arbeitszeit nicht aufgrund sinnloser Dokumentationspflichten am Schreibtisch vergeuden sollten.

Auch habe ich in meiner Rede auf Versäumnisse beim Tierwohl hingewiesen. Um Tierwohl und Tierschutz effektiv zu fördern, bedarf es eines klaren Plans und konsequenter Umsetzung. Dass es an durchdachten Strategien jedoch mangelt, habe ich am Beispiel des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastrationen in Deutschland deutlich gemacht. Während die SPD-Fraktion in der letzten Wahlperiode die Vorschläge der Borchert-Kommission mit der Begründung abgelehnt hatte, dass noch nicht alles geklärt sei, beschloss sie kurze Zeit später mit der Ampel-Koalition das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz, welches jedoch nur einen Bruchteil von dem regelt, was die Vorschläge der Borchert-Kommission umfassten. Mit dem Ergebnis, dass Ferkel aus dem Ausland, die dort betäubungslos kastriert worden, dennoch in Deutschland den höchsten staatlichen Tierwohlorden erhalten können. Das kann allerdings nicht im Sinne des Tierschutzes sein.

„ WIR BRAUCHEN FÜR GESETZE UND VERORDNUNGEN EINE REALISTISCHERE BÜROKRATIE-FOLGEN-ABSCHÄTZUNG. “

Auch die Forst- und Holzwirtschaft leidet unter ausufernden Kontroll- und Regulierungsvorhaben. Das Ende der gescheiterten Novellierungsversuche der Ampel rund um das Bundeswaldgesetz war ein Schritt in die richtige Richtung, aber das in den diversen Gesetzesentwürfen zum Ausdruck gebrachte Misstrauen und die Sanktionspläne haben viel verbrannte Erde hinterlassen. Für umso wichtiger halte ich es jetzt, dass sich das bei der EU-Entwaldungsverordnung nicht wiederholt. Wir alle sind gegen illegale Entwaldung und Brandrodung, wie es beispielsweise im Amazonas geschieht,

jedoch können wir diese Probleme nicht lösen, indem wir unsere Waldbauern in Deutschland mit zusätzlichen bürokratischen Pflichten überfrachten. Schließlich hat die letzte Bundeswaldinventur gezeigt, dass die Waldfläche in Deutschland zuletzt zugenommen hat. Diese positive Entwicklung gilt es zu fördern, anstatt mit unnötiger Bürokratie zu belasten.

All diese Beispiele haben eins gemeinsam: Sie zeigen, wie dringend wir vorab neuer Gesetze und Verordnungen eine realistischere Bürokratie-Folgen-Abschätzung benötigen.



Deutscher Bundestag

Hermann Färber, CDU/CSU

»»» TERMINVORSCHAU

Montag, 03. Februar 2025 - ganztägig
37. Bundesparteitag der CDU Deutschlands, Berlin.

Dienstag, 04. Februar 2025 – 12:00 Uhr
Öffentliche Veranstaltung mit Thorsten Frei MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ort: Hotel-Restaurant Becher, Schloßstraße 7, 73072 Donzdorf.

Montag 17. Februar 2025 - 19.00 Uhr
Öffentliche Veranstaltung mit Steffen Bilger MdB, Stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ort: Ristorante Marstall, Eislingen.

Dienstag 18. Februar 2025 - 16.30 Uhr
Öffentliche Veranstaltung mit Jens Spahn MdB, Stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ort: Foyer der Firma Krauter GmbH, Siemensstr. 2, 73033 Göppingen.

Mittwoch 19. Februar 2025 - 19.30 Uhr
Öffentliche Veranstaltung mit Ministerin Nicole Razavi MdL, Ort: nähere Angaben folgen.

Samstag 22. Februar 2025 - 13.30 Uhr
Öffentliche Veranstaltung mit Manuel Hagel MdL, Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, Ort: TSV Halle, Maitiser Str. 16, 73116 Wäschenbeuren.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de